Stadt Haan

Niederschrift über die

19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan

am Dienstag, dem 19.03.2024 um 17:00 Uhr im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn: Ende: 17:00 20:10

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Vincent Endereß bis TOP 28 / 20:06 Uhr

Stv. Gerd Holberg

Stv. Tobias Kaimer

Stv. Jens Lemke

Stv. Folke Schmelcher

Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Marion Klaus

Stv. Jens Niklaus

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm

Stv. Meike Lukat

Stv. Tessa Lukat

GAL-Fraktion

AM Lucio Dröttboom Vertretung für Stv. Zerhusen-Elker

Stv. Nicola Günther bis TOP 24.3 / 19:55 Uhr

Stv. Andreas Rehm

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

beratende Mitglieder

Stv. Harald Giebels digital

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

StVD'in Doris Abel StAR'in Anja Esser VA Dominic Büsselmann StIA Aliena Gonsior StHS'in Simone Herweg TA Olaf Tödte

Personalrat

VA Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte VA Nicole Krengel

<u>Die Vorsitzende Bgm'in Dr. Warnecke</u> eröffnet um 17:00 Uhr die 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf einen vorliegenden Antrag der WLH-Fraktion vom 16.03.2024 bezüglich Wohnbauflächenpotentialen. Sie erläutert, dass der Antrag verfristet sei und daher erst in der Sitzung des Rates auf die Tagesordnung genommen werde, da eine Dringlichkeit nicht erkennbar sei.

Stv. Lukat erklärt sich, stellvertretend für die WLH-Fraktion mit diesem Vorgehen einverstanden.

Weiterhin wird der TOP 10 – "Straßensanierungsprogramm" von der Tagesordnung genommen.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Stv. Kaimer teilt mit, dass er Miteigentümer eines Grundstückes am Neuen Markt sei und fragt, ob er zum Thema des neuen Rathauses befangen sei, da dieses Grundstück an das des neuen Rathauses angrenze.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass dies bisher nicht als Befangenheit bewertet wurde.

Die Mitglieder des Rates stimmen der Aussage der Bürgermeisterin zu, weshalb der Stv. Kaimer nicht als befangen gilt.

2./ Bürgerantrag vom 28.11.2023

hier: Freie Bildung in der Stadtbücherei der Stadt Haan

Vorlage: 10/161/2024

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 28.11.2023 wird zur weiteren Beratung an den **Ausschuss für Bildung und Sport (BSA)** verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3./ Bürgerantrag vom 28.11.2023

hier: Regenbogen für Haan - eine feste Verankerung des Pride Wesens im

Haaner Stadtbild Vorlage: 10/162/2024

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 28.11.2023 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4./ Bürgerantrag vom 29.02.2024

hier: Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Ohligser Straße 37 und 39

Vorlage: 10/159/2024

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 29.02.2024 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

5./ Kindertagesstättenbedarfsplanung Fortschreibung für das Kindergartenjahr 2024/2025

Vorlage: 51/092/2024

Beschlussvorschlag 1:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt HFA und Rat, der vorgelegten Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2024/2025 (1. August 2024 bis 31.Juli 2025, Anlage 1) als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII, vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 24 und § 38 Kinderbildungsgesetz NRW, zuzustimmen.

- 1. Um einen regelmäßigen Überblick zur aktuellen Personalsituation in den Kindertageseinrichtungen zu erhalten, beschließt der JHA die fortwährende Thematisierung von Personalthematiken der Kindertageseinrichtungen im Rahmen der AG 78.
- Zur Vermeidung einer möglichen Unterbelegung bzw. einer daraus folgenden Finanzierungslücke wird weiterhin eine fortlaufende Berichterstattung zur Belegungssituation in den Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen durch die Verwaltung im JHA vorgenommen.
- 3. Um den Zugang zu den Kindertageseinrichtungen und zur Kindertagespflege für geflüchtete Kinder zu erleichtern, erarbeitet die Jugendhilfeplanung Maßnahmen, um relevante Informationen zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen bedarfsgerecht und niederschwellig bereitzustellen.
- 4. Zur Erfassung der Betreuungsbedarfe der Familien mit neugeborenen Kindern prüft die Verwaltung, inwiefern eine Abfrage der Betreuungsbedarfe im Rahmen der Babybegrüßungen umgesetzt werden kann.

Beschlussvorschlag 2:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt HFA und Rat, der vorgelegten Detailaufschlüsselung Meldeplätze für das Kindergartenjahr 2024/2025 (1. August 2024 bis 31. Juli 2025, Anlage 2) als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII, vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 24 und 38 Kinderbildungsgesetz NRW, zuzustimmen.

 Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Detailaufschlüsselung (s. Anlage) der zu meldenden Kinderbetreuungsplätze zur Kenntnis und beschließt die Meldung gegenüber dem LVR. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die Verwaltung künftige geringe Abweichungen (Umwandlung von Stundenumfängen sowie Umwandlungen von U3- und Ü3-Plätzen) in der Kitabedarfsplanung eigenständig vornehmen und gegenüber dem LVR melden darf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

6./ Maßnahmenplan Kinderfreundliche Kommune Vorlage: 51/093/2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt dem Aktionsplan für das Projekt Kinderfreundliche Kommune in der Fassung laut "Anlage 2: Aktionsplan NEU" zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7./ Unterbringung von Geflüchteten in Haan Vorlage: II/053/2024

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion vom 18.03.2024.

1. Bgo. Herz führt hierzu aus, dass eine Containerlösung auf dem öffentlichen Parkplatz Rheinische Straße nur eine vorübergehende Lösung sein kann. Wie die Verwaltung bereits dargelegt habe, solle der Fokus auf dem Projekt auf der Kampheider Straße liegen, da dies langfristig für eine gute Unterbringung sorgen könne.

Bgm'in Dr. Warnecke ergänzt bezüglich des Direktkaufes des Geländes der ehemaligen Landesfinanzschule, dass dieser nur für kommunale Zwecke möglich sei. Die Unterbringung von Geflüchteten falle zwar unter diese Kategorie, jedoch sei dies nur möglich, wenn das gesamte Areal diesem Zweck zugeführt werde. Zudem sei die Stadt 25 Jahre an diesen Zweck gebunden.

- **1. Bgo. Herz** ergänzt, dass das Haus Rheinland abgängig sei, da eine Sanierung unwirtschaftlich sei. Sie weist auch darauf hin, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB) die bisherige Nutzung von Verwaltung und Unterbringung von Flüchtlingen für einen Direkterwerb ablehne. Sie sehe daher aktuell keine Möglichkeit eines Direkterwerbs.
- **Stv. Rehm** wirft die Idee auf, dass die Stadt das Grundstück für kommunale Zwecke erwerben könne und dort Wohnungen für Geflüchtete errichtet, welche nach Ablauf der Zweckbindung als sozialer Wohnungsbau genutzt werden könne. Die Stadt habe die Chance das Areal zu erwerben und sollte sie nutzen. Weiterhin meldet er für die GAL-Fraktion Beratungsbedarf an.
- **Stv. Stracke** erläutert, dass die SPD-Fraktion das Projekt an der Kampheider Straße ablehne, da es ihr an einer nachhaltigen Perspektive zur Nutzung des Geländes fehle. Zudem sei das Grundstück am Stadtrand, was die Integration der Geflüchteten erschwere. Er plädiert daher dafür, dort sozial geförderten Wohnungsbau zu errichten, welche ggf. auch für Geflüchtete mit Bleiberecht genutzt werden könne.
- **Stv. Lukat** verweist darauf, dass es zum Haus Westfalen einen Beschluss des Rates gäbe. Eine Reaktivierung des Hauses Rheinland sei möglich, in welchem dann Geflüchtete untergebracht werden könnten. Der Umbau müsse dann so gestaltet werden, dass danach eine anderweitige Nutzung möglich sei. Bezüglich des Beratungsbedarfes der GAL sehe sie kein Problem.
- **Stv. Lemke** führt aus, dass gerne nochmal mit dem BLB gesprochen werden könne, jedoch glaube er nicht an einen Erfolg. Er unterstreicht die Notwendigkeit des Projektes an der Kampheider Straße. Dem Beratungsbedarf der GAL werde die CDU folgen.
- **Stv. Rehm** führt ergänzend zu seiner vorherigen Aussage aus, dass die GAL-Fraktion hier noch keinen Auftrag an die Verwaltung sehe, jedoch solle über die aufgezeigte Idee diskutiert und nachgedacht werden.

Beschluss:

Die GAL-Fraktion hat Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussfassung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

8./ Neubau des Rathauses der Stadt Haan hier: Wirtschaftlichkeitsuntersuchung 2024

Vorlage: 65/060/2024

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke ergänzt den Beschlussvorschlag der Verwaltung um folgende Ziffer 4:

4) Die Ziffer 2 des Beschlusses des Rates vom 11.05.2021 "Für die bauliche Umsetzung des Rathausneubaus wird ein Kostenrahmen in Höhe von 42,8 Mio € freigegeben." wird aufgehoben.

Stv. Lukat verweist darauf, dass die WLH-Fraktion um eine Aufstellung der Gesamtkosten gebeten habe.

VA Tödte erläutert die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der WLH-Fraktion und teilt mit, dass man sich derzeit am Ende der Leistungsphase 2 befinde und daher noch keine konkreten Kosten benennen könne. Die genannten Kosten seien eine Schätzung, welche im fortlaufenden Prozess des Projektes immer konkreter benannt werden können, was die Verwaltung auch stets transparent mitteile.

Stv. Lukat zeigt sich von der in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bau (SPUBA) vorgestellten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung enttäuscht, da sich die Fraktion etwas anderes vorgestellt habe. Es sei schwierig diese nachzuvollziehen und diese den Bürger_innen diese zu erläutern. Zudem sehe die WLH keine Notwendigkeit des zusätzlichen Grundstücksankaufes. Auch fehle eine Synopse des Raumbedarfes. Es seien aus Sicht der WLH nicht alle Sparpotenziale ausgeschöpft worden, weshalb die Fraktion nicht zustimmen könne. Es sei wichtig, verantwortungsvoll mit den städtischen Finanzen umzugehen. Dass ein neues Rathaus benötigt werde, stelle die Fraktion keinesfalls in Frage, der entsprechende Bau müsse jedoch wirtschaftlich sein.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass eine Synopse des Raumbedarfes in der vorherigen Sitzungsvorlage zum Neubau des Rathauses aus September 2023 enthalten sei. Alle bisherigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen hätten gezeigt, dass die Variante 0 (Sanierung des Altbestandes) die unwirtschaftlichste und teuerste Variante sei. Es müsse aber auch irgendwann eine Entscheidung getroffen werden.

Stv. Ruppert verweist auf einen Leserbrief in der Rheinischen Post vom 19.03.2024. Auch die FDP habe sich zum damaligen Zeitpunkt für einen Neubau des Rathauses ausgesprochen. Jedoch waren es noch andere Zeiten und der Kostenrahmen lag lediglich bei 40 Mio. Euro. Er bittet daraum, sich noch einmal zusammenzusetzen um ggf. auch einen neuen Standort, welcher günstiger ist, zu diskutieren. Der Neubau des Rathauses sei auch nicht das einzige Bauprojekt der Stadt Haan. Auch andere Bauprojekte würden teurer.

Aus Sicht der FDP könne dies zusammen nicht funktionieren.

Stv. Lemke verweist ebenfalls auf den einstimmigen Beschluss des Rates zum Neubau des Rathauses. Allerdings stimme er dem Stv. Ruppert zu, dass sich die Zeiten mittlerweile geändert haben, weshalb es richtig gewesen sei, erneut eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchzuführen. Allen Beteiligten sei der schlechte Zustand des Altbestandes bekannt, so dass er dafür plädiere, das Projekt bis zum Ende der Leistungsphase 3 weiterzuführen, um eine vernünftige Aufstellung der Kosten zu bekommen.

Stv. Stracke führt aus, dass niemand seriös prognostizieren könne, wie sich die Kosten entwickeln. Ein weiteres Jahr zu warten, würde sicherlich auch bedeuten, Mehrkosten in Kauf zu nehmen. Zu den Kostensteigerungen bei anderen Bauprojekten sei es unter anderem auch gekommen, weil erforderliche Beschlüsse zu langsam gefasst wurden. Bei allen städtischen Gebäuden bestehe ein erheblicher Sanierungsstau. Zudem verweist er darauf, dass das Rathaus nicht nur für zwei oder drei Jahre stehe, sondern Jahrzehnte genutzt werde. Es seien ausreichend Zugeständnisse, sowohl von der Politik als auch der Verwaltung gemacht worden, so dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen könne.

Stv. Rehm wehrt sich gegen die immer wieder aufkeimende Behauptung, die GAL fordere ein Rathaus auf der grünen Wiese. Der Technologiepark sei bereits ein städtisches Grundstück mit ausreichender Fläche, weshalb sich dort sicherlich ein Neubau praktischer und günstiger bauen ließe. Er kritisiert, dass in dem Vorschlag der Verwaltung ein Gebäude wegfalle, das Projekt aber dennoch teurer werde. Die GAL-Fraktion könne daher dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Beschlussvorschlag:

- Der Rat der Stadt Haan nimmt die überprüfende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der drei Varianten für den "Neubau Rathaus Haan mit VHS und Stadtarchiv" incl. der aktualisierten Schätzungen des jeweiligen Gesamtinvestitionsvolumens zur Kenntnis.
- 2) Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Vorplanung (LPH 2 HOAI) Planstand SPUBA 21.09.2023 des Rathausneubaus am unteren neuen Markt nach dem Verzicht auf die Nutzung von Räumlichkeiten durch die Fraktionen im Rahmen der Entwurfsplanung (LPH 3 HOAI) so planen zu lassen, dass zunächst nur die Häuser I und II, einschließlich Anbindung an die Tiefgarage Schillerstraße geplant und gebaut werden (Variante 2) und hierfür einen Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss vorzulegen.

Die aktualisierte Kostenschätzung hierfür beträgt 53,43 Mio (ohne: Grundstückskosten, Maßnahmen Windhövelplatz und Einmündungen Kaiserstraße, Umzüge, Möblierung, IT-Ausstattung und TK Endgeräte, Kunst am Bau / Kunstwerke, Projekt "Teilsanierung Denkmal historisches Rathaus")

Für das laufende B-Plan-Verfahren bleibt die Vorplanung Planstand 21.09.2023 weiterhin Grundlage.

- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt "Teilsanierung Denkmal historisches Rathaus" im Projektplan so zu priorisieren, dass mit Beginn der Ausführung des Neubaus die Planung hierfür startet.
- 4) Die Ziffer 2 des Beschlusses des Rates vom 11.05.2021 "Für die bauliche Umsetzung des Rathausneubaus wird ein Kostenrahmen in Höhe von 42,8 Mio € freigegeben." wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen 11 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

9./ Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und CDU Vorlage: WTK/052/2024

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der geplante Rathausneubau erhält die postalische Adresse Emil Barth-Platz 1.
- 2.) Die Stadtbücherei Haan wird in Emil Barth-Stadtbücherei Haan umbenannt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

einstimmig angenommen 14 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen

10./ Straßensanierungsprogramm Vorlage: 66/083/2024

Beschluss:

Der TOP wurde im Vorfeld von der Tagesordnung genommen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

11./ 5. Änderung der Satzung über die Benutzung der Sportstätten der Stadt Haan

Vorlage: 40/044/2023/1

Beschlussvorschlag:

- 1./ Die 5. Satzung zur Änderung Die Neufassung der Satzung der Stadt Haan über die Benutzung der Sportstätten in Haan wird in der Fassung der Anlage 1 zu dieser Beratungsvorlage beschlossen.
- 2./ Die als Anlage 2 vorgelegte Sportstättenordnung (Verhaltensregeln) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

12./ Satzung der Stadt Haan über die Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Waldfriedhof 2024; hier Antrag der Fraktion WLH Vorlage: 60/056/2023/1

Beschlussvorschlag:

- Die Satzung der Stadt Haan über die 9. Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Waldfriedhof in Haan (Friedhofsgebührensatzung) wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.
 - Die Satzung tritt zum 01.05.2024 in Kraft.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Bewirtschaftungskosten des Waldfriedhofs gesenkt werden können. Maßgeblich soll geprüft werden, ob Teile des Waldfriedhofs herausgenommen und an Dritte, beispielsweise für die Anlage eines Tierfriedhofs, verpachtet werden können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

13./ Vergnügungssteuersatzung 2024 Vorlage: 20/099/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Haan (Vergnügungssteuersatzung) zum 01.05.2024.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

14./ Änderung der Kirmesgebührensatzung 2024 Vorlage: 60/064/2024

Protokoll:

Stv. Endereß verweist auf das Bürgerbegehren zur Kirmes. Da die Gebührenordnung mit den Spieltagen zusammenhänge, sei es sinnvoll die Vorlage bis zur nächsten Sitzung des Rates zurückzustellen. Er melde daher für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion hat Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

15./ Verkaufsoffener Sonntag 2024 Vorlage: WTK/056/2024

Beschlussvorschlag:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass im Jahr 2024 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen 13 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

16./ Änderung der Wochenmarktsatzung hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 14.12.2023

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass die Verwaltung derzeit noch an der Wochenmarktsatzung arbeite und eine entsprechende Sitzungsvorlage zur kommenden Sitzung des Rates vorlegen werde.

Beschluss:

Der Sachverhalt wird erst in der kommenden Sitzung des Rates beraten, sobald eine entsprechende Sitzungsvorlage der Verwaltung vorliegt. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

17./ Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk II (West/ Mitte)

Vorlage: 32/036/2024

Beschlussvorschlag:

Herr Andreas Seel wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk II (West/Mitte) der Stadt Haan gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

18./ Projektplan mit Sachstandsbericht des Amtes für Gebäudemanagement Vorlage: 65/059/2024

Protokoll:

Hinweis: die TOPs 18 und 19 wurden gemeinsam beraten.

- 1. Bgo. Herz erläutert auf die Anfrage der WLH-Fraktion zu den Kosten der Herrichtung der Turnhalle Bachstraße für die Unterbringung Geflüchteter, dass sich die Kosten in 2015 auf 166.000,- Euro und mit Stand 12.03.2024 für 2024 auf 119.000,- Euro beliefen. Bezüglich der Anfrage der GAL-Fraktion zu den Kosten der Polizeiwache führt sie aus, dass sich diese insgesamt auf aktuell 1.370.000,- Euro beliefen, welche sich aus Abrisskosten (Auszahlungen und Aufträge) in Höhe von 814.000,- Euro und Planungskosten für den Neubau (Auszahlungen und Aufträge) in Höhe von 556.000,- Euro zusammensetzen.
- **Stv. Rehm** verweist auf die Erneuerungen der Lüftungsanlagen im Jugendhaus und verschiedener Turnhallen und verweist darauf, dass hier ggf. die Möglichkeit eines Fördermittelzuschusses in Höhe von 15 % bestehen könnte und fragt, ob diese in Anspruch genommen würden.
- **1. Bgo. Herz** erläutert, dass es sich hier um Projekte mit dringendem Handlungsbedarf handele, weshalb die Zeit für einen Förderantrag vermutlich nicht ausreiche.
- **Stv. Rehm** bittet dies dennoch zu prüfen.
- **Stv. Lukat** verweist auf die Anfrage der WLH-Fraktion aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA) bezüglich der Turnhalle und VHS Bachstraße. Sie bemängelt, dass zwar die Investitionskosten genannt worden seien, jedoch die Anfrage damit nicht vollumfänglich beantwortet sei.
- 1. Bgo. Herz sagt die Ergänzung zu Protokoll zu.

Nachtrag zu Protokoll: Die Turnhalle Bachstr. wurde zuletzt nur noch als Notlösung für den Sport genutzt, denn sie verfügte weder über eine Heizung noch über eine Warmwasserbereitung. Nachdem der Schulpavillon für die GGS Unterhaan abgerissen wurde für den Neubau der privaten Kindergruppe, wurde die Turnhalle für den Schulsport gar nicht mehr genutzt, sondern nur noch die Turnhalle an der Steinkulle. Die GGS Unterhaan war damit an einem Ort zusammengeführt. Damals wurde beschlossen, die Turnhalle wie auch das alte VHS-Gebäude abzureißen, um dort ein neues Wohngebiet zu erschließen. Die Turnhalle wurde in 2015/16 jedoch als Notunterkunft für Geflüchtete genutzt, ebenso wieder ab 2024.

Beschlussvorschlag:

- Der Rat der Stadt Haan nimmt die Vorlage Projektplan mit Sachstandsbericht des Amtes für Gebäudemanagement (Stand 31.01.2024 - s. Anlagen) zur Kenntnis.
- **2.** Der Rat der Stadt Haan stimmt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen der im Projektplan festgehaltenen Priorisierung der Maßnahmen zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen 15 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen

19./ Projektplan städtische Bauprojekte hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 18.12.2023

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Projektplan zu erstellen, in dem die Bauprojekte mit personellen und finanziellen Mitteln eingestellt sind, welche aufgrund gesetzlicher Vorgaben und aufgrund Schadstoffbelastungen zeitnah umgesetzt werden müssen. Für diese Projekte sind die Projektphasen zu terminieren.

Bei allen weiteren Projekten wird dem HFA und Rat eine Entscheidungsvorlage erstellt, welche deren Realisierungsmöglichkeit mit personellen und finanziellen Notwendigkeiten aufzeigt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt 3 Ja / 15 Nein / 0 Enthaltungen

- 20./ Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement
 - Empfehlungen zum Personalbedarf
 - Allgemeine Handlungsempfehlungen

Vorlage: 10/150/2023

Beschlussvorschlag:

- **1.** Der Rat nimmt die Ergebnisse der externen Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement laut Anlage zur Kenntnis.
- **2.** Die Verwaltung wird beauftragt, die Empfehlungen zum Personalmehrbedarf in den Stellenplan 2024 ff in modifizierter Form wie folgt einzubauen und umzusetzen:

In der Abteilung 65-1 (Kaufmännisches/Infrastrukturelles Gebäudemanagement):

a) gestrichen

b) Die Stelle "Archivierung, Digitalisierung" (65/17) wird umgewandelt in eine Stelle "Kaufmännisches Gebäudemanagement".

In der Abteilung 65-2 (Technisches Gebäudemanagement):

- c) In Abweichung von den Empfehlungen wird eine neue Stelle "Projektleitung" nicht geschaffen.
- d) Die Stelle 65/12 "Bauwerk/Technische Anlagen/Elektro-/Förderanlagen" wird in eine Stelle "Koordination Bauunterhalt" umgewandelt und von EG 10 auf EG 11 angehoben.
- e) Es wird eine neue Vollzeitstelle Elektrotechniker (EG 10) für die Aufgaben der Inspektion, Wartung/Prüfung, Störfallbeseitigung elektrischer Anlagen, Förderanlagen, Brandschutzeinrichtungen eingerichtet.
- f) Es wird eine neue Vollzeitstelle (EG 10) für die Aufgaben der Inspektion, Wartung/Prüfung, Störfallbeseitigung der befestigten Außenanlagen eingerichtet.

3. gestrichen

4. Das Amt für Gebäudemanagement wird beauftragt, die allgemeinen Handlungsempfehlungen der Organisationsuntersuchung so schnell wie möglich umsetzen und hierzu nach erfolgreicher Realisierung im SPUBA zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen 17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung 20. Personalbedarf Hausmeister im Gebäudemanagement

1./ hier: Ergänzungsvorlage zur Vorlage "Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement" (Vorlage: 10/150/2023)

Vorlage: 10/150/2023/1

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan spricht sich gegen die von der BSL-Managementberatung GmbH empfohlene Reduzierung von Hausmeisterstellen i.H.v. 2,56 VZÄ aus.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen 17 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

20. Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement

2./ - Maßnahmenplan

Vorlage: 10/150/2023/2

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement zur Kenntnis. Konkrete Beschlussempfehlungen sind in den Vorlagen Nr. 10/150/2023 und 10/150/2023/1 enthalten.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

21./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 Vorlage: 10/136/2023

Protokoll:

<u>Hinweis:</u> Die Beschlussfassung zum Stellenplan 2024 erfolgte nach den Beschlussfassungen zu TOP 22 und 23.

Beschlussvorschlag Überstunden Feuerwehr und Rettungsdienst:

Die Auszahlung der anfallenden Überstunden im Brandschutz sowie im Krankentransport und Rettungsdienst wird bis zum 31.12.2024 verlängert.

Beschlussvorschlag zum Stellenplan:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf verabschiedet.

Den personalwirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen nach Ziffer 2.7 wird zugestimmt.

Überstunden sind nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen können mit Zustimmung des Rates zugelassen werden (Beschluss des Rates vom 12.05.2015, TOP 9.2.2).

Abstimmungsergebnisse:

Zum Beschluss Überstunden Feuerwehr:

einstimmig angenommen

Zum Stellenplan 2024:

mehrheitlich angenommen 10 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

22./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024

hier: Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung / Wegfall von

Stellenanteilen mit Stellenplan 2024

Vorlage: 10/156/2024

Beschlussvorschlag:

- 1. Die vakante Stelle "Freiraumplaner/in" wird aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
- **2.** Die vakante Stelle "Klimaanpassungsmanager/in" wird aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
- **3.** Die Stellenanteile für die aufsuchende Jugendarbeit werden aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
- **4.** Ein Stellenanteil für Erzieherinnen wird aus dem Stellenplan 2024 gestrichen. Die Verwaltung erhält einen Prüfauftrag über die mögliche Aufstockung der Stellensituation um plus 1, um zwei PIA-Stellen vorzuhalten.

- **5.** Die Stelle 50/24 (Sachbearbeitung Wohngeld; 1,0 VZÄ) wird aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
- **6.** 2,7 VZÄ im Kommunalen Ordnungsdienst (Stellennummern: 32/23, 32/24 und 32/25) sowie 1,0 VZÄ im Außendienst (Stellennummer: 32/6) werden aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
- 7. 1,5 VZÄ in der Schulsozialarbeit werden aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
- **8.** Eine Stelle Projektingenieur_in (1,0 VZÄ) wird aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
- **9.** Die Stelle Sachbearbeitung Grundstücksverkehr, Verwaltung wird um 0,2 VZÄ reduziert.
- **10.** Bei den Reinigungskräften werden 0,7 VZÄ aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.

Abstimmungsergebnisse:

zu 1.

einstimmig angenommen

zu 2.

mehrheitlich abgelehnt 8 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen

zu 3.

mehrheitlich angenommen 11 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

zu 4.

einstimmig angenommen

zu 5.

einstimmig angenommen

zu 6.

einstimmig angenommen

zu 7.

mehrheitlich abgelehnt 2 Ja / 10 Nein / 6 Enthaltungen

zu 8.

mehrheitlich angenommen 14 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

zu 9.

einstimmig angenommen

zu 10.

mehrheitlich angenommen 12 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltungen

23./ Stellenplan 2024

hier: Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplans

Vorlage: 10/157/2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Aufnahme von 3,0 VZÄ Notfallsanitäter_in (N 8) und

2,0 VZÄ Rettungssanitäter_in (EG 6) aufgrund der Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplans zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

24./ Haushaltsplanberatungen 2024

Vorlage: 20/109/2023

Beschluss:

Der TOP wurde im Rahmen der Vorlage 20/109/2023/1 (TOP 24.1) beraten.

24. Haushaltsplanberatungen 2024

1./ Vorlage: 20/109/2023/1

Protokoll:

StVD'in Abel erläutert den Sachstand des 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes. Sie bemängelt, dass das finanzielle Risiko in die Ausführung verlagert werde, da es möglich sei, Aufwendungen in die Zukunft zu schieben. Dies würde jedoch die finanzielle Situation der Stadt Haan zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch in keiner Weise verbessern. Dennoch biete das Gesetz die Möglichkeit, dass die Stadt nach aktuellem Stand einen Haushalt darstellen könne, der nicht in die Haushaltssicherung führe.

Stv. Ruppert kritisiert, dass ein solches Vorgehen in der freien Wirtschaft als Insolvenzverschleppung gesehen werden könne.

Im Anschluss werden die einzelnen Veränderungsanträge der Verwaltung und der Politik beraten und Beschlussempfehlungen ausgesprochen. Die Veränderungsanträge sind gem. der Arbeitsunterlage der Kämmerei nach Blöcken sortiert in der Sitzungsvorlage im Ratsinformationssystem einsehbar.

1. Block: Veränderungsanträge, die in einem separaten TOP behandelt wurden

bereits erledigt

2. Block: Veränderungsanträge, die ohne Auswirkung auf den Haushalt 2024 sind

bereits erledigt

3. Block: alle einstimmig beschlossenen Veränderungsanträge (mit und ohne Enthaltungen)

V07 – V56

Diese Veränderungsanträge wurden bereits in der Sitzung des HFA im Dezember 2023 beraten und beschlossen

V70, V83 und V85

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

4. Block: alle bislang nicht beratenen Anträge

V01 - Amt 20: Hundesteuer

bereits erledigt

V17 - Amt 65: Gesamtschule Hochbaumaßnahme

Stv. Lukat verweist auf die 400.000,- Euro, welche aus dem Haushalt herausgenommen werden sollen und darauf, dass hierzu im Ausschuss für Bildung und Sport (BSA) im November nachgefragt und eine Aufschlüsselung zugesichert worden sei.

StAR'in Esser teilt hierzu mit, dass es sich hierbei um einen übrig gebliebenen Ansatz aus den Vorjahren handele, welcher nicht genutzt worden sei und daher aus dem Haushalt herausgenommen werden konnte.

V02 – V102

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

P02 - GAL: Hebesatzanpassung Gewerbesteuer

Stv. Rehm erläutert den Antrag der GAL-Fraktion.

Stv. Lemke teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag ablehne, da dies ein falsches Signal an Wirtschaftsbetriebe sende.

Stv. Ruppert gibt zu, dass der Vorschlag der GAL-Fraktion durchaus Charme habe, da die Vermutung aufgestellt werden könne, dass mehr Einnahmen bei der Gewerbesteuer erzielt werden könnten. Ob dies jedoch der Fall sein werde, bleibe abzuwarten. Er halte es für falsch, lediglich die Einnahmenseite zu betrachten, da die Stadt aus Sicht der FDP hier keine Probleme habe. Es müssen vor allem die Ausgaben betrachtet werden.

Stv. Rehm führt aus, dass ja bereits Stellen aus dem Stellenplan gestrichen worden seien und die Verwaltung bezüglich Einsparungen bereits gute Vorschläge gemacht habe. Er kritisiert die Stellungnahme der IHK, da er die dortigen Vorschläge teilweise für realitätsfremd halte.

Stv. Stracke verweist ebenfalls auf die Stellungnahme der IHK und zeigt sich von diesem enttäuscht. Man lese hier immer wieder, dass Wirtschaftsbetriebe nicht weiter durch einen höheren Gewerbesteuerhebesatz belastet werden sollen.

Stv. Lukat teilt mit, dass auch die WLH-Fraktion eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes für ein falsches Signal halte.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt 7 Ja / 11 Nein / 0 Enthaltungen

Bgm'in Dr. Warnecke verweist darauf, dass die Diskussion der Anhebung der Grundsteuer B auf 540 Prozentpunkte noch aus der letzten Sitzung des HFA offen sei.

Stv. Günther verweist darauf, dass erste Erkenntnisse aus der Grundsteuererhebung zeigen, dass die Belastung bei Privatpersonen um bis zu 20% steigen könnten.

StVD'in Abel erläutert, dass der Verwaltung noch keine Zahlen vorliegen. Es werde erwartet, dass im Mai eine entsprechende grundstücksscharfe Auswertung vorliege. Im Moment könne die Verwaltung daher noch keine Auskunft über mögliche Mehrbelastungen geben.

Stv. Ruppert erläutert, dass vieles dafürspreche, dass die Grundsteuerreform zu Mehrbelastungen führe, daher werde die FDP eine Anhebung der Grundsteuer B ablehnen.

Stv. Wetterau führt aus, dass die genaue Entwicklung noch nicht klar sei und geschaut werden müsse, ob die Stadt nicht ohne eine Anhebung auskomme.

StVD'in Abel teilt mit, dass in den Jahren 2024 bis 2027 durch die Anhebung mit 4 Millionen Euro Mehreinnahmen gerechnet werden könne. Ohne eine entsprechende Anhebung würden diese im städtischen Haushalt fehlen, weshalb der Haushalt dadurch nicht genehmigungsfähig sein könnte.

Sie weist zudem darauf hin, dass der Grundsteuerhebesatz bis zum 30.06. beschlossen sein müsse.

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, das Thema der Grundsteuer nochmal in der kommenden Sitzung des Rates zu diskutieren und den Haushalt in der heutigen Sitzung nicht zu beschließen.

Stv. Rehm bittet die Verwaltung zum Rat zu prüfen, inwiefern die Gewerbesteuer angehoben werden müsse, um eine fehlende Anhebung der Grundsteuer zu kompensieren.

Stv. Giebels führt aus, dass eine Einplanung von Mehreinnahmen durch die Grundsteuer der vom Land ausgesprochenen Aufkommensneutralität widerspreche.

StVD'in Abel teilt mit, dass eine Kostenneutralität von 2024 auf 2025 gegeben sei. Bezüglich der Gewerbesteuer bekräftigt sie erneut, dass die Stadt Haan hier kein Einnahmeproblem habe.

P03 - WLH: Sportplatz Hochdahler Straße

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass ca. 45.000,- Euro übertragen werden können. Eine neue Flutlichtanlage werde die Stadt voraussichtlich ca. 80.000,- Euro kosten. Die derzeitige Flutlichtanlage werde abgebaut, die Lampen auf LED umgerüstet und anschließend auf dem Sportplatz in Gruiten weitergenutzt.

Stv. Lukat formuliert den Antrag der WLH daraufhin folgendermaßen um:

- Die Restmittel der Planungskosten zum Sportplatz Hochdahler Straße in Höhe von 45.000,- Euro werden für 2024 in Produkt 080120 übertragen, um den nächsten Planungsschritt zur Erneuerung des Kunstrasenplatzes und der Laufbahn zu ermöglichen.
- 2. Die dann durch einen Fachplaner vorgelegte Kostenberechnung für eine Erneuerung des Kunstrasenplatzes und der Leichtathletikanlage um den Kunstrasenplatz (Laufbahn, Weitsprung, Hochsprung u.a.) werden dann dem BSA, HFA und Rat zur Beratung vorgelegt.

Stv. Niklaus teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese den Antrag der WLH-Fraktion ablehne.

Stv. Rehm erläutert, dass auch der GAL-Fraktion daran gelegen sei, dass es mit dem Sportplatz voran gehe. Allerdings verlasse sich die Fraktion darauf, dass dort jederzeit Sport gemacht werden könne und ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stünden. Aus Sicht der GAL benötige es daher den Antrag der WLH nicht.

Stv. Endereß bekräftigt ebenfalls das Vertrauen der CDU-Fraktion in die Verwaltung und lehne den Antrag der WLH daher ab.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt 3 Ja / 15 Nein / 0 Enthaltungen

P04 - WLH: Unterbringung von Geflüchteten

Zu dem Antrag wurde bereits Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

5. Block: alle mehrheitlich beschlossenen Anträge

Die vorliegenden Anträge V37 und V38 wurden bereits in der Sitzung des HFA im Dezember 2023 beraten und beschlossen.

6. Block: alle in den Fachausschüssen abgelehnten Anträge

Hierzu liegen keine Anträge vor.

7. Block: alle im Laufe der Haushaltsplanberatungen zurückgezogenen / zurückgestellten Anträge

Hierzu liegen keine Anträge vor.

Stv. Endereß verweist auf die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität (UMA) im Februar. Hier wurde seitens der Verwaltung noch eine Stellungnahme bezüglich der Kosten des Klimawaldes für den HFA zugesagt.

StVD'in Abel erläutert, dass das Projekt des Klimawaldes noch in den Erläuterungen, nicht jedoch in den Ansätzen des Haushaltsplanentwurfes 2024 enthalten war. Sie teilt mit, dass der Klimawald in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten sei.

Beschluss:

Aufgrund noch offener Fragestellungen bezüglich der Hebesätze der Gewerbe- und Grundsteuer, erfolgt keine Beschlussempfehlung zum Haushalt 2024 an den Rat.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

einvernehmlich

- 24. Haushaltsplanberatungen 2024; Umwelt und Mobilität
- 2./ Vorlage: 20/101/2023/1

Beschluss:

Der TOP wurde im Rahmen der Vorlage 20/109/2023/1 (TOP 24.1) beraten.

24. Hebesatzanpassung Gewerbesteuer

3./ hier: Antrag der GAL-Fraktion vom 06.02.2024

Protokoll:

,

Der Antrag wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beraten und beschlossen. Das entsprechende Protokoll ist daher unter TOP 24.1 aufgeführt.

Beschlussvorschlag:

Der Gewerbesteuerhebesatz wird per 01.01.2024 auf 460 Prozentpunkte angehoben. Der § 1 der Satzung der Stadt Haan über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer wird entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt 7 Ja / 11 Nein / 0 Enthaltungen

25./ Müllvermeidung - Wahlen 2025 hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 14.02.2024

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion.

Stv. Niklaus führt aus, dass er aus grundsätzlichen, demokratischen Überlegungen Probleme in dem Antrag sehe.

Stv. Ruppert erläutert, dass geprüft werden müsse, ob dies aus rechtlicher Sicht machbar sei. Grundsätzlich sei der Antrag aber keine schlechte Anregung.

Stv. Rehm teilt mit, dass die GAL-Fraktion eine Abstimmung der Parteien untereinander für wichtig halte, allerdings spreche er sich dagegen aus, sich diesbezüglich bereits zur kommenden Europawahl einzuschränken, mit Blick darauf, dass die AfD sehr viel plakatiere.

Stv. Lemke erläutert, dass sich die CDU-Fraktion nicht gegen eine rechtliche Prüfung des Antrages stellen werde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine rechtliche Prüfung der Möglichkeiten der Plakatierungen zur Kommunalwahl 2025 vorzunehmen und im FOA aufzuzeigen, wie die Plakatierung möglichst müllvermeidend gestaltet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

26./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die vorliegenden Anfragen und Antworten der Verwaltung (siehe Ratsinformationssystem).

Die Anfrage der GAL-Fraktion bezüglich der Polizeiwache und des neuen Rathauses wurden bereits in vorherigen TOPs beantwortet.

1. Bgo. Herz verweist auf eine noch zu beantwortende Anfrage bezüglich der Prüfung der Verbandskästen in den Schulen und teilt mit, dass die Prozesse bekannt seien und durch die Schulen eigenständig geprüft würden. Die Schulsekretär_innen würden diesbezüglich alle erneut geschult.

Stv. Lukat bittet hierbei auch die Turnhallen zu berücksichtigen, da diese nicht nur durch die Schulen, sondern auch durch die Sportvereine genutzt würden.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

27./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.